

„VOR 1990 HABEN WIR BESSER GELEBT“:

Umfrage 30 Jahre nach der Wende offenbart politische Nostalgie im heutigen Ungarn

András Bíró-Nagy

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Dies sind die wichtigsten Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der Ungar_innen 30 Jahre nach der Wende zur Demokratie im Lande. Durchgeführt wurde die Meinungsumfrage vom 3.–13. März 2020 im Auftrag des in Budapest angesiedelten Policy-Solutions-Institut und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zusammen mit dem ungarischen Markt- und Sozialforschungsinstitut *Závecz Research*.

Die politische Wende, also der friedliche Übergang von der Diktatur zur Demokratie, war eine der positivsten Entwicklungen in der Geschichte des Landes: Das Ereignis ermöglichte den Ungar_innen, ihren Platz im System der westlichen Politik, Wirtschaft und Militärallianz einzunehmen. Gerade deshalb war es wichtig zu untersuchen, worauf die Nostalgie für eine Zeit zurückzuführen ist, in der sowjetische Truppen im Land stationiert waren und kritische Stimmen und Regimegegner_innen zum Schweigen gebracht wurden.

Gesucht wird eine Antwort auf die Frage, welche Erwartungen an die demokratische Wende erfüllt wurden und was dem autoritären Experiment nach 2010 den Weg ebnete. Die Ergebnisse der Studie geben kein Werturteil über die politische Entwicklung in Ungarn wieder, sondern zeigen, wie die ungarische Bevölkerung sie betrachtet. Die 1.000 Personen, die vor der Coronavirus-Pandemie persönlich befragt werden konnten, repräsentieren die erwachsene Bevölkerung Ungarns nach Alter, Geschlecht, Schulbildung und Gemeindetyp.

DIE ERGEBNISSE DER UMFRAGE ZU „WENDE30“

MATERIELLER WOHLSTAND UND BERECHENBARKEIT ALS PLUSPUNKTE DER KÁDÁR-ÄRA

Die ausgeprägt positive Bewertung der durch den kommunistischen Staats- und Parteichef János Kádár geprägten Periode (von 1956 bis 1990) wird dadurch besonders deutlich, dass die Mehrheit der Befragten (54%) der Meinung ist, die Ungar_innen hätten damals besser gelebt als heute. Nur ein

Drittel der Befragten (31%) meint, dass es dem Großteil der ungarischen Gesellschaft heute besser gehe als vor 1990. Auch im oppositionellen Lager ist die Mehrheit der Ansicht, dass der Lebensstandard in der Kádár-Ära höher war.

In Bezug auf die Beurteilung des damaligen Systems lassen sich zudem wichtige soziodemografische Zusammenhänge erkennen: Je älter eine Gruppe ist, desto größer ist der Anteil derjenigen, welche die Zeit vor der Wende im Vergleich zu heute als besser bewerten. Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich auch bei der Schulbildung: Die weniger gebildeten Schichten sind zu einem größeren Teil der Ansicht, dass die Mehrheit der Ungar_innen unter Kádár besser gelebt hätte.

Eine noch deutlichere Mehrheit (61%) ist der Ansicht, dass die Möglichkeiten für materiellen Wohlstand während der Kádár-Ära grundsätzlich für alle Menschen gegeben waren. Hier ist vor allem das Lebensalter entscheidend: Während nur 39 Prozent der Befragten bis 60 Jahre der Meinung waren, dass man vor 1990 gut zurechtkommen konnte, betrug dieser Anteil bei den über 60-jährigen 74 Prozent.

Hervorzuheben ist ebenso, dass fast zwei Drittel (63%) der Ungar_innen der Meinung sind, im Kádár-Regime hätte eine berechenbare Ordnung und sozialer Frieden geherrscht; nur knapp jeder vierte Befragte ist gegenteiliger Ansicht.

DAS NEGATIVE DER KÁDÁR-ÄRA: WIRTSCHAFTLICHE INSTABILITÄT UND IDEOLOGISCHE LOYALITÄT

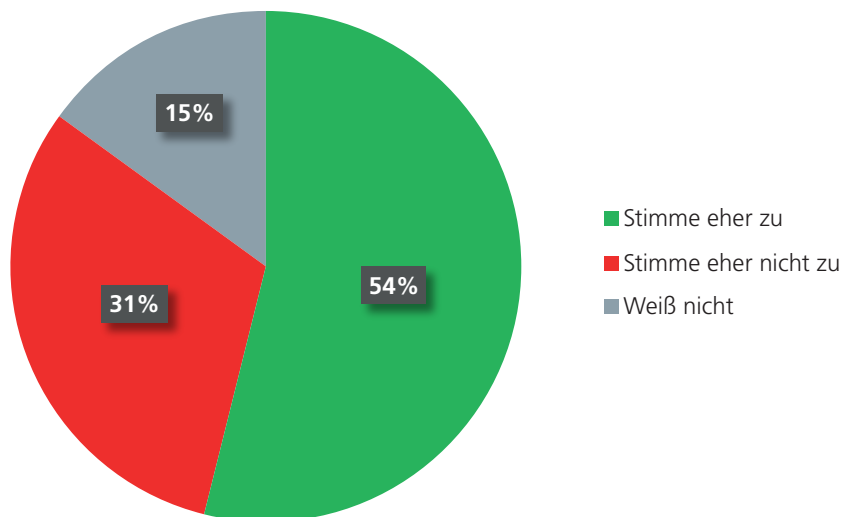
Obwohl viele Ungar_innen der Ansicht sind, dass die Mehrheit in der Kádár-Ära besser gelebt habe als heute, ist sich eine relative Mehrheit dennoch darüber klar, dass das System vor 1990 wirtschaftlich nicht aufrechtzuerhalten war: 45 Prozent der Befragten stimmen der Behauptung zu, dass das Kádár-Regime wirtschaftlich unhaltbar gewesen sei, während nur etwa 35 Prozent der Befragten auch heute noch keinen Zweifel an der langfristigen Beständigkeit des auch mit westlichen Krediten finanzierten sozialistischen Systems hat.

Abbildung 1

Beurteilung der Kádár-Ära in Bezug auf den Lebensstandard der Gesellschaft

Geben Sie bitte an, ob Sie den nachstehenden Aussagen zur Kadar-Ära eher zustimmen oder eher nicht zustimmen!

Die Mehrheit der Ungarn lebte besser



Zudem ist negativ bewertet, dass man im Einparteiensystem der Kádár Ära zumeist nur dann erfolgreich sein konnte, wenn man sich dem System anpasste: Nach Ansicht von 54 Prozent der Befragten konnten vor allem diejenigen Karriere machen, die als politisch zuverlässig galten. Gegen teiliger Meinung sind 29 Prozent der Befragten. Dieser Standpunkt wird mehrheitlich von allen Ungar_innen vertreten, unabhängig von der politischen Präferenz.

DIE ERWARTUNGEN ERFÜLLTEN SICH VOR ALLEM FÜR DIE FIDESZ-WÄHLER_INNEN

Im Jahr 2020 sehen vor allem die Fidesz-Wähler_innen ihre Erwartungen an die Wende als erfüllt an. Im Gegensatz dazu bewerten die oppositionellen Wähler_innen die Ergebnisse der letzten 30 Jahre weitaus negativer.

54 Prozent der Ungar_innen sehen ihre Hoffnungen an die Marktwirtschaft als erfüllt an, 51 Prozent glauben, die Meinungsfreiheit sei verwirklicht und 50 Prozent begrüßen den inzwischen expandierenden Arbeitsmarkt (50%). Die zwei größten negativen Entwicklungen im Zuge der Wende sehen die Ungar_innen in der wachsenden sozialen Ungleichheit und der ausufernden Korruption.

In Bezug auf den Arbeitsmarkt scheinen die Wähler_innen des Fidesz mit der Bilanz der letzten 30 Jahre am ehesten zufrieden: 63 Prozent von ihnen gaben an, dass seit der Wende mehr Arbeitsplätze im Land entstanden seien. Es sind wiederum die Fidesz-Wähler_innen, die die Praxis freier und fairer Wahlen am positivsten bewerten: 68 Prozent von ihnen meinen, dass mit der Wende diese Grundbedingung

für eine wahrhafte Demokratie Realität geworden sei. Ansonsten überwiegt in allen anderen Lagern aber die Meinung, dass es eher keine freien und fairen Wahlen gegeben habe. Vermutlich hat dieser Dissens zwischen den Anhängern des Fidesz und denen der Opposition in dem 2011 erlassenen Wahlgesetz seine Ursache, das eindeutig den Fidesz begünstigt.

Auch bei der Chancengleichheit wird von 49 Prozent der Fidesz-Anhänger_innen der Standpunkt vertreten, dass sich die Situation seit der politischen Wende verbessert habe. Dagegen sieht bei den oppositionellen Wähler_innen nur eine deutliche Minderheit eine Verringerung der Ungleichheit in den letzten 30 Jahren.

Im Hinblick auf die Ergebnisse der politischen Wende bestand nur in einem einzigen Fall parteiübergreifender Konsens: Obwohl das Kádár-Regime spätestens 1990 sein Ende fand, habe die Korruption im Land weiter zugenommen, so die Meinung aller Ungar_innen.

DIE FINANZIELLE SITUATION DER FAMILIEN

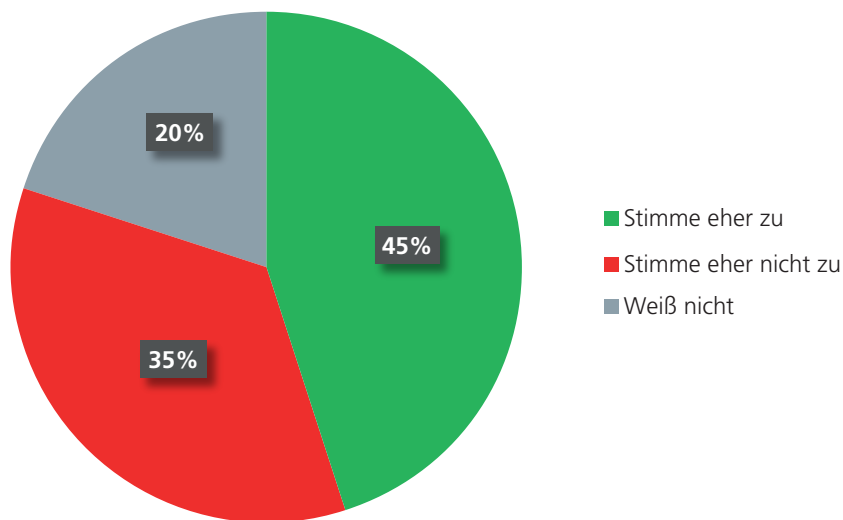
Hinsichtlich ihrer finanziellen Lage gelten sowohl die Kádár-Ära (34%) als auch die zehn Jahre des Orbán-Regimes (31%) für die geringer Gebildeten als »goldenes Zeitalter«. Je höher die Qualifikation der Befragten, desto seltener erscheinen diese beiden Zeiträume in den Antworten. Zudem wählen die besser gebildeten Schichten eher den Zeitraum zwischen 1990 und 2010. Außerdem fällt die Beurteilung der zehnjährigen Orbán-Regierung im ländlichen Raum am positivsten aus.

Abbildung 2

Beurteilung der Kádár-Ära in Bezug auf die wirtschaftliche Stabilität

Geben Sie bitte an, ob Sie den nachstehenden Aussagen zur Kadar-Ära eher zustimmen oder eher nicht zustimmen!

Das System war wirtschaftlich nicht aufrechtzuerhalten



Bei der Frage nach der finanziellen Existenzgrundlage der Familien ist aber vor allem die Parteien-Präferenz von entscheidender Bedeutung: Fast zwei Drittel der Fidesz-Wähler_innen entscheiden sich für die Jahre nach 2010, während die Kádár-Ära bzw. die zwei Jahrzehnte nach der Wende nur für 12 bzw. 14 Prozent der Fidesz-Wähler_innen die finanziell besten Zeiten darstellen. Bei den anderen Wählergruppen entscheidet sich hingegen fast niemand für die zehn Jahre des Orbán-Regimes.

WAS DIE LETZTEN 30 JAHRE SCHULDIG BLIEBEN: SOZIALE SICHERHEIT UND WOHLSTAND

Betrachtet man die Erwartungen der ungarischen Gesellschaft an die politische Wende und an die Demokratie, wird deutlich, dass die politische Elite die Bedeutung des Wohlstands nach 1990 unterschätzt hat. Für die Mehrheit der Ungar_innen bedeutet Demokratie offenbar vor allem die Hoffnung auf finanzielle Besserstellung und soziale Sicherheit. In den 30 Jahren seit der politischen Wende wuchsen jedoch die sozialen Ungleichheiten: Die Landbevölkerung, die weniger gebildeten Bürger_innen und die vernachlässigten sozialen Gruppen finden sich heute in einer schlechteren Situation wieder. Infolge ihrer Enttäuschung über die Wende beurteilte bereits Mitte der 90er Jahre die Hälfte der Ungar_innen die neue Ordnung im Vergleich zur alten als schlechter. Auch 2020 schätzt die Mehrheit der Ungar_innen die gegenwärtige Situation schlechter ein als vor der Wende.

Dass die ungarische Gesellschaft die politische Wende negativ beurteilt, hat vor allem soziale Gründe: Erschwerter

sozialer Aufstieg, zunehmende soziale Unterschiede und geringere soziale Sicherheit haben den Systemwechsel diskreditiert. Zwar hätte die Unzufriedenheit darüber nicht zwangsweise zu dem autoritären Schub nach 2010 unter Orbán führen müssen, allerdings ist es vielen Ungar_innen gleichgültig, ob im Land Demokratie herrscht oder nicht. Dies erleichterte es dem Fidesz, seine radikalen Veränderungen durchzusetzen, sowohl im Justizwesen als auch bei den Medien wie beim Wahlsystem. Dies ist möglicherweise auch für andere europäische Länder eine wichtige Lehre: Zunehmende Ungleichheiten, fehlende soziale Sicherheit und das Ignorieren sozialer Spannungen schwächen die Demokratie und ebnen radikalen Kräften den Weg.

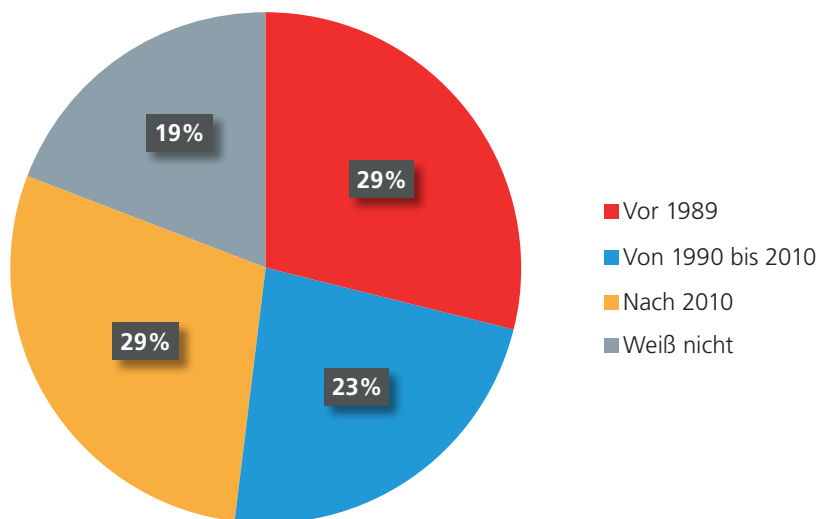
Insofern muss der Weg zu einer positiveren Beurteilung der Demokratie in erster Linie über Fortschritte bei Existenz- und Wohlstandsfragen führen. In diesem Bereich hat es jedoch nicht nur in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Wende, sondern auch in den zehn Jahren der Orbán-Regierungen keine Fortschritte gegeben. Im Gegenteil: Dieser Bereich gilt als der größte Schwachpunkt des Orbán-Regimes.

Durch die unerfüllten Hoffnungen, die mit der politischen Wende verbunden werden, ist auch die ungarische Linke in eine schwierigere Situation geraten. Erstens waren in zwölf der ersten zwanzig Jahre nach der Wende Sozialist_innen an der Regierung, die von den ungarischen Wähler_innen überwiegend für die ausgebliebenen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte verantwortlich gemacht werden. Zweitens muss die Linke im politischen Raum inzwischen auch mit rechten Parteien – dem regierenden Fidesz und der rechtsradikalen Jobbik-Partei – konkurrieren. Beides macht es der Linken schwer, ihre wirtschaftspolitische Glaubwür-

Abbildung 3

Die finanzielle Situation der Familien

Wann war die finanzielle Situation Ihrer Familie die beste?



digkeit darzustellen, was jedoch eine grundsätzliche Voraussetzung für ihre politische Wettbewerbsfähigkeit wäre.

RESÜMEE ZUR BEURTEILUNG DER LAGE

Die Ungar_innen möchten gut leben, und das praktisch um jeden Preis – auch was die Einschränkung von Freiheitsrechten angeht. Die heutigen nostalgischen Gefühle gegenüber dem Kádár-Regime gründen auf der damals gebotenen finanziellen Absicherung, obwohl inzwischen klar ist, dass das System wirtschaftlich nicht aufrechtzuerhalten war.

Für einen beträchtlichen Teil der Ungar_innen bedeutet die Bilanz 30 Jahre nach der Wende ein finanzielles Fiasko. Diese negative Beurteilung lässt sich eventuell mit politischen Visionen und Initiativen umkehren, die wirtschaftliche Prosperität möglichst vieler Ungar_innen versprechen, damit sie sich als Gewinner_innen in einer sich fortlaufend verändernden Welt fühlen können.

Dass der regierende Fidesz seine antidemokratischen Schritte genau auf dieser Unzufriedenheit aufgebaut hat, den sozialen Ungleichheiten und Spannungen aber nicht Herr werden konnte, bietet die Chance für die Linke, es in diesem Bereich mit der Rechten aufzunehmen.

EINSTELLUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

Die Mitgliedschaft Ungarns in der Europäischen Union ist ein bedeutsames und positives Ergebnis der politischen Wende. Die Ungar_innen sehen die Europäische Union nicht als Sündenbock, obwohl die euroskeptische Propaganda in Ungarn nach 2010 stark zugenommen hat. Die ersten fünf-

zehn Jahre der EU-Mitgliedschaft beurteilt die ungarische Gesellschaft positiv, allerdings beruht diese Wertung hauptsächlich auf wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Die euroskeptische Kampagne des Fidesz, die seit zehn Jahren anhält, vermochte die positive Beurteilung der EU in Ungarn zwar nicht ins Gegenteil umzukehren, hat aber dennoch eine starke Wirkung erzielt. So ist das Thema Migration in den Augen der Ungar_innen innerhalb von fünf Jahren zum wichtigsten Nachteil der EU-Mitgliedschaft geworden.

Zustimmung findet die Regierung Orbán auch bei der Bedrohung der nationalen Souveränität durch die EU: Eine Einschränkung der nationalen Entscheidungskompetenz wäre für viele Bürger_innen ein weiterer ernster Nachteil der EU-Mitgliedschaft. Was die meisten fachpolitischen Fragen angeht, würde die Mehrheit diese lieber auf nationaler Ebene entschieden sehen. Die Kluft, die in diesen Kompetenzfragen zwischen den Wähler_innen der Regierungspartei und denen der Opposition besteht, lässt darauf schließen, dass die Debatte über die Zukunft der EU auch künftig die ungarische Öffentlichkeit polarisieren wird.

Die oppositionellen Wähler_innen vertrauen fest darauf, dass die europäische Integration dem Land helfen wird – und nicht nur in wirtschaftlichem Sinne. Seitens aller oppositionellen Wählergruppen wird erwartet, dass dem Schutz der Demokratie und des Rechtsstaats in der EU-Politik eine stärkere Priorität eingeräumt wird und die europäische Gemeinschaft auch bei der Bekämpfung der Korruption in Ungarn stärker mitwirkt. Von den Ergebnissen in diesen Bereichen wird abhängen, ob die Europäische Union auch in den kommenden Jahren ein positiver Referenzpunkt für die ungarischen Wähler_innen bleiben wird, wie sie es grosso modo während der 30 Jahre nach der politischen Wende gewesen ist.



„Vor der politischen Wende von 1990 haben wir besser gelebt als heute.“ Das ist aktuell die Meinung der meisten Ungar_innen. Die Gründe für diese nostalgische Stimmung in Ungarn liegen vor allem in der größeren sozialen Sicherheit im früheren Kommunismus begründet. Nichtsdestotrotz betrachten die meisten Ungar_innen die damalige wirtschaftliche Lage sowie die Notwendigkeit zur ideologischen Loyalität vor 1990 heute als negativ.



Die ungarische Gesellschaft ist gespalten: Die Wähler_innen der Regierungspartei Fidesz sind gegenwärtig der Ansicht, dass sich die Erwartungen an die Wende eher erfüllt haben, während die Wähler_innen der Opposition die Entwicklungen der letzten 30 Jahre weitaus negativer beurteilen.



Erstaunlich: Selbst die Fidesz-Wähler_innen betrachten die antidemokratischen Maßnahmen der Orbán-Regierungen nach 2010 als negativ.

ÜBER DEN AUTOR

András Bíró-Nagy ist Direktor des *Policy Solutions Institute*. Er ist außerdem *Senior Research Fellow* am Zentrum für Sozialwissenschaften (*Institute for Political Science, Center for Social Sciences*) und Vorstandsmitglied der Ungarischen Vereinigung für Politikwissenschaft. Zuvor war er bei der Europäischen Kommission als politischer Berater für László Andor, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, tätig. Seine Veröffentlichungen konzentrieren sich hauptsächlich auf die ungarische Politik, rechtspopulistische Parteien, zeitgenössische Sozialdemokratie und europäische Integration.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung

Verantwortlich:

Office Budapest Friedrich-Ebert-Stiftung

1054 Budapest | Fővám tér 2–3.

Tel.: +36-1-461-60-11 | Fax: +36-1-461-60-18

fesbp@fesbp.hu

www.fes-budapest.org

Folgende FES-Publikationen können für Sie auch interessant sein:

Die Texte sind hier zu finden: <https://www.fes-budapest.org/publikationen/>

Bíró-Nagy, András

Orbán 10

Zehn Jahre Orbán-Regierung in den Augen der ungarischen Wähler_innen
Budapest, 2020

Belyó, Pál

High inequalities and distortions remaining

Hungarian wages
Budapest, 2020

Scheiring, Gábor

Orbanomics

A polarising answer to the crisis of liberal dependent capitalism
Budapest, 2020

Németh, Edit; Girndt, Rainer

Corona macht es einfacher

– arbeitnehmerfeindliche Eingriffe ins ungarische Arbeitsrecht
Budapest, 2020

Bíró-Nagy, András; Győri, Gábor; Sebők, Miklós

Hungarian politics in 2019

Friedrich-Ebert-Stiftung, Policy Solutions
Budapest, 2020

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.